

BARTOL KOMPAKT

**Wahlkampf 2025 -
Direktmandat verteidigt**

**Der Koalitionsvertrag -
ein Fundament für
die Zukunft**

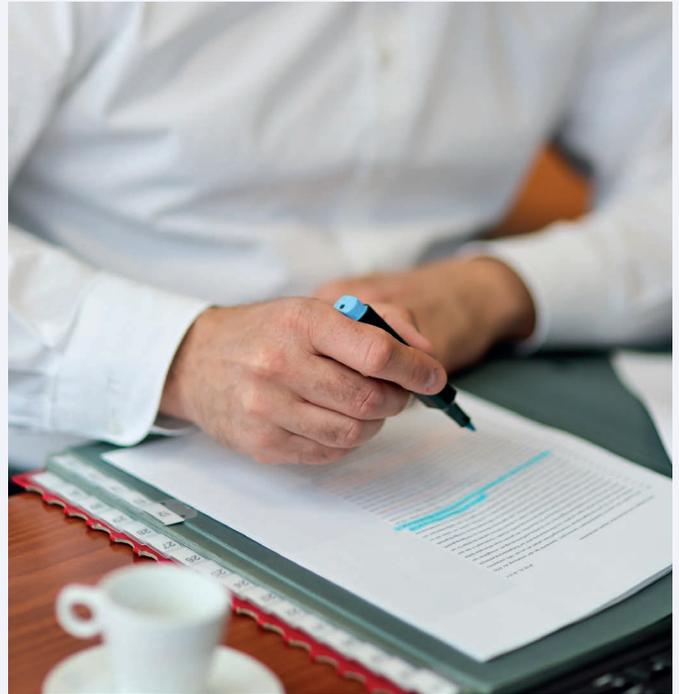
**Der Bundespräsident
in Stadtallendorf**

Inhaltsverzeichnis

Mai 2025

- 03 Vorwort
- 04 Wahlkampf 2025 - Direktmandat verteidigt
- 05 Der Koalitionsvertrag -
..... ein Fundament für die Zukunft
- 06 Historische Entscheidung -
..... Finanzpolitische Zeitenwende beschlossen
- 07 Die neue SPD-Bundestagsfraktion
- 08 Lückenschluss geschafft -
..... Eröffnung der A 49
- 09 Der Bundespräsident in Stadtallendorf
- 10 1,6 Millionen Euro für einen Ersatzneubau des Ver-
..... einsheims der Spielfreunde Blau-Gelb Marburg e.V.
- 11 BPA-Besucherguppe in Berlin
- 12 Vor Ort in Dieburg – Quo vadis SPD?
- 13 Phillips Praktikumsbericht

Impressum:
Herausgeber: Sören Bartol
Biegenstraße 33
35037 Marburg
06421 - 1699016
soeren.bartol.wk@bundestag.de



05 Der Koalitionsvertrag - ein Fundament für die Zukunft



09 Der Bundespräsident in Stadtallendorf

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die neue Bundesregierung ist im Amt und ich freue mich, weiter als Parlamentarischer Staatssekretär bei der neuen Bundesbauministerin Verena Hubertz wirken zu können.

Vorausgegangen war ein intensiver Wahlkampf, in dem es mir dank der Unterstützung vieler engagierter Menschen in Marburg-Biedenkopf gelungen ist, mein Direktmandat zu verteidigen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bedanken, natürlich auch bei meinen Wählerinnen und Wählern. Ich werde alles dafür tun, die in mich gesetzten Erwartungen nicht zu enttäuschen und mich weiterhin mit meiner ganzen Kraft für Sie und unseren Landkreis einsetzen.

Es gibt viel zu tun. Wir sind in einer Situation, in der wir als Bundesregierung schnell, entschlossen und geschlossen handeln müssen. Da ist zum einen die aktuelle welt- und geopolitische Lage, in der Deutschland und Europa seinen Platz neu finden muss - zwischen China und Russland auf der einen und den von Donald Trump regierten USA auf der anderen Seite - eine Konstellation, in der Trump und Putin laut und unverblümt eine neue Weltordnung fordern,

außenpolitisch aggressiv und imperialistisch, und sich dabei nicht an bislang geltendes Recht oder Allianzen gebunden fühlen. Ein starkes Europa ist in unserem ureigenen Interesse und unsere einzige Chance, zwischen diesen Großmächten zu bestehen. Als größtes Land in Europa hat Deutschland hierbei eine große Verantwortung. Die müssen wir annehmen. Und zwar jetzt.

Der Ukrainekrieg, Trumps Zollpolitik, die die Weltwirtschaft ins Chaos gestürzt hat, die stärker werdenden rechten Demokratiefeinde, all das gefährdet unseren Frieden und Wohlstand. Mit dem Koalitionsvertrag haben wir uns mit der Union auf einen Fahrplan für die Zukunft unseres Landes verständigt. Ich habe ihn mitverhandelt und gemeinsam mit Klara Geywitz die Arbeitsgruppe Verkehr, Infrastruktur, Bauen und Wohnen geleitet. Es wäre gelogen, wenn ich behaupten würde, dass ich mir an der ein oder anderen Stelle kein anderes Ergebnis gewünscht hätte. Aber darum ging es nicht:

In diesen Zeiten geht es um das Wesentliche. In diesem Fall heißt das: Es ist uns gelungen, uns mit der Union auf ein Konzept zu einigen, das Antworten auf drängende Fragen zu Sicherheit, Migration und Wirtschaft liefert und

das wir jetzt schnellstmöglich umsetzen sollten. Schon jetzt, schon heute geht es bei allem, was wir tun auch darum, eine Politik zu machen, die ein weiteres Erstarken der AfD verhindert, eine Partei, die der Bundesverfassungsschutz in seinem jüngsten Gutachten als gesichert rechtsextremistisch einstuft hat. Deshalb ist es wichtig, dass wir nun das Verbotverfahren voranbringen.

Mit der Einigung auf das 500 Milliarden Sondervermögen und der Veränderung der Schuldenbremse haben wir einen Meilenstein erzielt, mit dem wir endlich dringend erforderliche Investitionen in unsere Infrastruktur tätigen können. In unsere Schulen, Schienen und Straßen, in Bahn und Digitalisierung und ja, auch in unsere Sicherheit.

Eine gute Grundlage. Jetzt geht es an die Umsetzung. Details zum Koalitionsvertrag, dem Sondervermögen, eine Rückschau auf den Bundestagswahlkampf und weitere Terminen im Wahlkreis, finden Sie in dieser Ausgabe.

Ihr

Sören Bastol





Wahlkampf 2025 - Direktmandat verteidigt

Dieses Mal musste alles sehr schnell gehen. Einen Tag nachdem in den USA Trump zum neuen Präsidenten der USA gewählt wurde, schaffte Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin Klarheit und entließ Christian Lindner als Bundesfinanzminister. Die FDP hatte den Bruch der Regierung strategisch geplant und eine sinnvolle Regierungspolitik nahezu unmöglich gemacht. Es folgten die Vertrauensfrage und die Entscheidung des Bundespräsidenten für Neuwahlen am 23. Februar 2025. Schneller als gedacht, aber doch nicht so überraschend kam es zur Wahl und damit zu einem harten und kurzen Winterwahlkampf. An dessen Beginn stand eine Wahlkreisvollversammlung der SPD Marburg-Biedenkopf im Dezember im Marburger Cineplex mit Lars Klingbeil als Gast. Mit großer Mehrheit bestimmten mich die Genossinnen und Genossen erneut zu ihrem Bundestagskandidaten, dafür und für die große Unterstützung während des Wahlkampfes will ich mich hier noch einmal ganz besonders bedanken. Und das gilt für alle, die sich in ganz unterschiedlicher Weise engagiert haben: An den über 100 Infoständen, die wir

durchgeführt haben, beim Flyern oder Verteilen meiner Weihnachtskarte, an den über tausend Türen, denen wir einen Besuch abgestattet haben, durch Werben im persönlichen Umfeld oder durch Spenden. Das alles hat zu unserem gemeinsamen Erfolg beigetragen. Am Ende habe ich das Direktmandat im Wahlkreis zum siebten Mal errungen. Am Anfang stand eine gute Planung meines Teams und bald darauf das erste Highlight. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius sprach in einem bis auf den letzten Stehplatz gefüllten Technologie- und Tagungszentrum über die aktuelle Sicherheitslage und stellte sich im Anschluss gemeinsam mit mir einer lebendigen Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ermutigend hier war die große Unterstützung der Gäste zur Politik der Bundesregierung in dieser Frage. Fakt ist: Wir müssen mehr in unsere Verteidigung investieren, dies wurde und wird auch heute breit geteilt. Eine geplante Veranstaltung mit Bundeskanzler Olaf Scholz musste wegen einer Sondersitzung der EU-Regierungschefs leider ausfallen. Weit über 700 Menschen hatten sich dafür bereits angemeldet. Stattdessen fokussierten wir uns im End-

sprint auf Ortsrundgänge und suchten ganz konkret das Gespräch mit den Menschen im Landkreis und das auch bei Minusgraden. Das Ergebnis der Bundestagswahl kann uns nicht glücklich stimmen, aber gleichzeitig ist es gelungen, erneut das Direktmandat zu verteidigen. Die Wählerinnen und Wähler haben entschieden. Wir haben uns mit der Union auf den Koalitionsvertrag verständigt. Wir übernehmen Verantwortung.



Wochenlang haben wir intensiv und kontrovers verhandelt und eine Einigung erzielt: Anfang April haben wir den 144 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag vorgestellt und mit den SPD-Mitgliedern diskutiert. Ich habe mich sehr gefreut, dass sie ihn mit einer großen Mehrheit von 84,6 Prozent angenommen haben, auch wenn er nicht in allen Punkten ihren Überzeugungen entspricht. Das Wichtigste war, dass unser Land in diesen Zeiten der Unsicherheit und Demokratiegefährdung wieder eine entschlossene Regierung bekommt. Das haben unsere Mitglieder erkannt. Mit ihrer Zustimmung haben wir ein starkes Mandat für die Umsetzung. „Verantwortung für Deutschland“ - lautet der Titel des Koalitionsvertrages: Es geht darum, unser Land für die Herausforderungen unserer Zeit zu wappnen und fit für die Zukunft zu machen. Der Koalitionsvertrag bildet die Grundlage, um Wirtschaft und Staat zu modernisieren – und Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen. Dafür brauchen wir große Investitionen. Mit dem Sondervermögen von 500 Milliarden Euro und der veränderten Schuldenbremse können wir dringend nötige Investitionen in unsere Sicher-

heit, in Infrastruktur und Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz vornehmen, Brücken und Schienen sanieren, Schulen modernisieren, die klimaneutrale Transformation vorantreiben und unsere Unternehmen im digitalen Wandel unterstützen. Gleichzeitig schaffen wir die Voraussetzungen für einen handlungsfähigen, modernen Staat: Bürokratie wird abgebaut, Verfahren für Unternehmen werden vereinfacht, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt. Damit Deutschland als Standort attraktiv ist – und wir im globalen Wettbewerb bestehen. Im Bereich der Migrationspolitik gab es schwierige, für viele Sozialdemokraten schmerzliche Kompromisse. Deutschland wird aber ein weltoffenes Land bleiben und attraktiv für internationale Fachkräfte sein. Gleichzeitig müssen wir die illegale Migration weiter begrenzen. Die geplanten Rückweisungen an den Grenzen sehen wir kritisch, sie müssen unbedingt mit unseren europäischen Partnern abgestimmt sein. Das modernisierte Staatsangehörigkeitsrecht bleibt bestehen – das ist wichtig im Wettbewerb um internationale Fachkräfte. Neben Sicherheit, Migration, Investitionen und Wirtschaft hat der Koalitionsvertrag auch den Alltag der Menschen im Blick. Wir

packen die drängendsten gesellschaftlichen Fragen an, um das Leben für alle wieder einfacher und bezahlbarer zu machen: Das Deutschlandticket bleibt – bis mindestens 2029 – und sichert bezahlbare Mobilität für alle. Der Mindestlohn steigt bis 2026 auf 15 Euro, die Renten werden gesichert, das Tariftreuegesetz gilt bei öffentlichen Ausschreibungen, der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird fortgesetzt, E-Autos werden weiter gefördert. Und wir investieren dort, wo es am meisten zählt: in Kitas, Schulen und Bildungsgerechtigkeit. Denn jedes Kind verdient faire Startchancen – unabhängig vom Elternhaus. Mit der WG-Garantie und der verlängerten Mietpreisbremse setzen wir ein klares Zeichen gegen steigende Wohnkosten. Mit dem Koalitionsvertrag haben wir uns mit der Union auf eine Fahrplan für unser Land verständigt. Angesichts der Vielzahl aktueller Herausforderungen und Krisen wird das eine Kraftanstrengung, die uns allen etwas abverlangt. Es gibt aber für uns alle viel zu gewinnen, wenn es uns gelingt, die vor uns liegenden dringend erforderlichen Veränderungen gemeinsam und sozial verträglich zu bewältigen.



Der Koalitionsvertrag - ein Fundament für die Zukunft

Am 18. März haben wir im Bundestag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit eine Grundgesetzänderung für eine finanzpolitische Zeitenwende beschlossen: Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit sind ab einer bestimmten Höhe von der Schuldenbremse ausgenommen. Mit dem milliardenschweren Investitionspaket stellen wir die Weichen für eine moderne, sichere und zukunftsfähige Bundesrepublik. Wir investieren 500 Milliarden Euro in die Modernisierung unserer Infrastruktur – in Straßen, Brücken, Schienen, Klimaschutz, in unsere Schulen, für Digitalisierung

und vieles mehr. Diese Investitionen sind dringend notwendig, um Deutschland langfristig wettbewerbsfähig und nachhaltig aufzustellen. Zukünftig werden Investitionen in unsere Sicherheit, die über einem Prozent des Bruttoinlandproduktes liegen, von der Schuldenbremse ausgenommen – einer fiskalischen Begrenzung, die 2009 während der Eurokrise vom Bundestag eingeführt wurde. Mit der Lockerung dieser Beschränkung vollzieht sich ein grundlegender Wandel in der deutschen Fiskalpolitik, der neue Chancen für Wachstum und Investitionen schafft. Dazu gehören Ausgaben für Verteidi-

gung, Zivilschutz, Nachrichtendienste und Cybersicherheit. Wir setzen ein klares Zeichen: Wir nehmen die geopolitischen Herausforderungen ernst und handeln entschlossen, um die Sicherheit Deutschlands und Europas zu stärken. Mit diesem Finanzpaket schaffen wir eine solide Basis für eine widerstandsfähige und zukunftssichere Gesellschaft – in herausfordernden Zeiten.



Historische Entscheidung - Finanzpolitische Zeitenwende beschlossen



Die neue SPD-Bundestagsfraktion

Foto: Photothek

Das ist sie, die neue SPD-Bundestagsfraktion: Mit 120 Abgeordneten kleiner als die letzte, aber immer noch stark, vielfältig und bunt. Auch wenn ich die Kolleginnen und Kollegen, die im neu gewählten Bundestag nicht mehr vertreten sind, vermissen werde, freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit allen Kolleginnen und Kollegen der neuen Fraktion. Einen neuen Vorstand haben wir auch schon gewählt: unser neuer Vorsitzender ist mein langjähriger Kollege und Freund Dr. Matthias Miersch. Erster Parlamentarischer Geschäftsführer ist Dirk Wiese. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind: Siemtje Möller (Außenpolitik, Verteidigungspolitik, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Menschenrechte,

Europapolitik), Armand Zorn (Wirtschaft, Energie, Tourismus, Digitales und Staatsmodernisierung, Verkehr), Wiebke Esdar (Haushalt, Finanzen, Kultur und Medien, Forschung). Sonja Eichwede (Innen, Recht, Verbraucherschutz, Wahlprüfung, Immunität, Petitionen, Sport), Dagmar Schmidt (Arbeit und Soziales, Gesundheit, Bildung, Familie, Frauen) und Esra Limbacher (Wohnen und Bau, Landwirtschaft, Umwelt und Klima). Weitere parlamentarische Geschäftsführer:innen sind Derya Türk-Nachbaur, Marja-Liisa Völlers und Dr. Johannes Fechner. Die Landesgruppe der SPD Hessen besteht für diese Legislatur aus 10 Abgeordneten. Mit dabei sind neben mir: Daniel Bettermann (Kassel), Esther Dilcher (Waldeck), Felix Döring (Gießen), Nancy

Faeser (Main-Taunus), Natalie Pawlik (Wetterau), Martin Rabanus (Rheingau-Taunus), Dr. Philipp Rottwilm (Schwalm-Eder), Dagmar Schmidt (Lahn-Dill) und Armand Zorn (Frankfurt). Felix Döring wurde zum neuen Landesgruppensprecher gewählt. Sein Stellvertreter ist Dr. Philipp Rottwilm. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit. Wir werden Hessen stark in Berlin vertreten.

Der 21. März 2025 war ein besonderer Tag für Hessen – und insbesondere für die Menschen in Nord- und Mittelhessen. Nach jahrzehntelangen Planungen, Diskussionen und herausfordernden Bauarbeiten konnte endlich die Fertigstellung der Autobahn A 49 gefeiert werden. Auch für mich persönlich war dieser Tag im März ein ganz besonderer Tag. Seit ich im Jahr 2002 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, habe ich mich für die Vollendung der A 49 eingesetzt und konnte nach harten Verhandlungen mit dafür sorgen, dass es - fast 23 Jahre später - endlich vollbracht ist. Für einen Politiker ist es immer eine schöne Sache, wenn die Vollendung eines Projektes, an dem er politisch mitgewirkt hat, in seiner aktiven Zeit geschieht und man die Erfolge sehen und in diesem Fall auch auf der Trasse erleben kann. Das ist nicht immer so! Die A 49 schließt eine lang ersehnte Lücke im hessischen Autobahnnetz. Sie wird nicht nur die Anbindung zwi-

schen Kassel und Mittelhessen verbessern, sondern neben der A 5 und der A 7 insbesondere das nachgeordnete Netz und viele Ortsdurchfahrten bei uns in der Region spürbar entlasten. Viele Unternehmen profitieren von besseren Lieferketten, neue Gewerbegebiete werden attraktiver und Pendlerinnen und Pendler erreichen ihre Arbeitsplätze schneller und zuverlässiger. Der Bau der A 49 hat Diskussionen über den Schutz unserer Wälder, Böden und Gewässer ausgelöst. Teils heftige Proteste gegen die Rodungen und den Bau haben gezeigt, dass wir als Gesellschaft immer wieder abwägen müssen: Fortschritt ja – aber mit Bedacht. Wir sind uns bewusst, dass eine moderne Verkehrsinfrastruktur Verantwortung bedeutet. Der Neubau des Autobahn-Abschnitts der A 49 erstreckt sich über 31 Kilometer und wurde genau wie die restliche Strecke vierspurig hergestellt. Im Bereich des Ohmtal-Dreiecks wurde die Verbindung zur A 5 um 1,5 Kilometer angepasst, dort befindet sich die Über-

führung, der sogenannte „Overfly“. Für den Bau des neuen Streckenabschnitts wurde nicht einfach nur eine Straße gebaut. Es wurde eine ganze Reihe von Bauwerken errichtet, dazu zählen: 6 Talbrücken und 41 weitere Brückenbauwerke, 19 Regenwasserbehandlungsanlagen, 4 Anschlussstellen und ein Autobahn-Dreieck. Es wurden rund 4 Millionen Kubikmeter Erde bewegt, ca. 700.000 m² Autobahn-Fahrbahnfläche und ca. 76.000 m² Bauwerksfläche errichtet. All denen, die dazu beigetragen haben, möchte ich ausdrücklich danken: denjenigen, die das Projekt vorbereitet haben, besonders erwähnen möchte ich an dieser Stelle die Planfeststellungsbehörde und die DEGES. Denjenigen, die es gebaut haben, die Projektgesellschaft und die Bau-Arbeitsgemeinschaft. Der Polizei und allen Einsatzkräften. Allseits eine gute und sichere Fahrt.



Lückenschluss geschafft - Eröffnung der A 49



Große Ehre für Stadtallendorf. „Von Stunde zu Stunde freue ich mich mehr, dass ich mich für diese Stadt entschieden habe“, das sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei seinem Besuch der Sportler- und Vereinsgala in Stadtallendorf. Vom 18.-20. März war das Staatsoberhaupt hier zu Gast, im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Ortszeit“, bei der der Bundespräsident seinen Amtssitz für einige Tage in Städte außerhalb der Hauptstadt verlegt, um mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Steinmeier besuchte die Eisengießerei Fritz Winter und das Werk von Ferrero, wo er die Produkti-

on besichtigte und sich bei Geschäftsführung und Beschäftigten über aktuelle Herausforderungen der Betriebe informierte. Im Mittelpunkt standen die 3300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fritz Winter Eisengießerei und die knapp 4500 Beschäftigten bei Ferrero. Während seines Aufenthalts besuchte Steinmeier außerdem das Dokumentations- und Informationszentrum über die NS-Zeit und die Gedenkstätte Münchmühle – Deutschlands älteste Gedenkstätte zu Zwangsarbeit. Am Rande dieser Termine tauschte sich der Bundespräsident mit Soldatinnen und Soldaten der „Division Schnelle Kräfte“ aus, die in Stadtallendorf in der Herrenwald-

kaserne stationiert sind. Ein weiterer Tag stand im Zeichen des Ehrenamts: Für ihr gesellschaftliches Engagement verlieh der Bundespräsident 12 Bürgerinnen und Bürgerinnen das Bundesverdienstkreuz. Mit einem von ihnen, Stadtjugendpfleger Sebastian Habura, besuchte er anschließend ein Boxtraining. Und auch den Kleinsten stattete der Bundespräsident in der Grundschule in Schweinsberg einen Besuch ab. Leider hatte ich nicht die Gelegenheit, ihn bei seinem Besuch im Wahlkreis zu begleiten, da ich wegen der Koalitionsverhandlungen in Berlin war. Nächstes Mal bin ich dabei!



Der Bundespräsident in Stadtallendorf

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung im Januar beschlossen, den Ersatzneubau des Vereinsheims der Sportfreunde Blau-Gelb Marburg mit 1,62 Millionen Euro zu fördern. Der Neubau ist notwendig, da eine Sanierung des bisherigen Vereinsheims unwirtschaftlich wäre und weder Barrierefreiheit noch zeitgemäße energetische Standards erreicht werden können. Mit der Förderung übernimmt der Bund einen erheblichen Teil der anfallenden Baukosten von rund 3,6 Millionen Euro. Ich freue mich für die Aktiven vor Ort, auch wenn die Arbeit jetzt erst richtig losgeht. Die Entscheidung für die Sportstätten im Bundestag zeigt, dass das Parlament auch in der letzten Sitzungswoche handlungsfähig ist. Nach der Antragstellung durch die

Universitätsstadt Marburg hatte ich mich in Berlin massiv für dieses Projekt eingesetzt, da die Zustände in der jetzigen Unterkunft für Sportlerinnen und Sportler nicht mehr zumutbar sind und die Substanz nicht sanierbar ist. Es ist gut, dass es hier jetzt endlich vorangeht. Der Verein SV Blau-Gelb Marburg kümmert sich in hervorragender Weise um Menschen mit Einschränkungen. Ein weiteres Ziel ist die sportliche Förderung von Frauen und Mädchen. Das neue Gebäude trägt außerdem dazu bei, dass die Universitätsstadt Marburg ihr Ziel erreicht, bis 2030 klimaneutral zu werden. Das Gebäude soll die ökologischen Standards für neue Vereinsheime deutlich übertreffen. Die Fördermittel für das Projekt stammen aus dem erfolgreichen Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend

und Kultur“, von dem bereits eine Vielzahl von Projekten im Landkreis Marburg-Biedenkopf profitiert haben. Seit 2016 leistet der Bund mit diesem Programm einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des hohen Sanierungsbedarfs bei der kommunalen Infrastruktur und unterstützt Städte und Gemeinden bei Investitionen z.B. in Ersatzneubauten von Turnhallen, Sanierungsmaßnahmen in Schwimmbädern, bei der Instandhaltung von Jugendhäusern oder dem Erhalt von Kultureinrichtungen.



1,6 Millionen Euro für einen Ersatzneubau des Vereinsheims der Sportfreunde Blau-Gelb Marburg e.V.



BPA-Besuchergruppe in Berlin

Foto: Bundesregierung StadtLandMensch-Fotografie

Vom 30. März bis zum 2. April hat mich meine erste BPA-Gruppe dieses Jahr in Berlin besucht. Nach kleinen Schwierigkeiten mit der Bahn kam die Gruppe am Hauptbahnhof in Berlin an und begann sogleich ein ambitioniertes Programm. Als erstes stand ein Besuch im Tränenpalast auf dem Programm, ein ganz besonderer Ort der deutschen Geschichte. Der Tränenpalast war zu DDR-Zeiten die Abfertigungshalle für Ausreisen von Ost nach West. Eine Ausstellung erinnert an den DDR-Alltag und tränenreiche Schicksale. Am nächsten Tag konnte ich die Gruppe dann im Bun-

destag begrüßen. Nach einem Vortrag über die Aufgaben des Parlaments und die Geschichte des Reichstagsgebäudes, stiegen wir in eine lebendige Diskussion zur aktuellen politischen Lage ein. Natürlich standen dabei die Koalitionsverhandlungen und die bevorstehende Regierungsbildung im Vordergrund. Nach einem gemeinsamen Foto auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes besuchte die Gruppe das Futurium und anschließend die Dauerausstellung „Topografie des Terrors“. Eine Standrundfahrt, Besuche im Bundesverteidigungsministerium mit Diskussion zur Sicherheitslage in Europa sowie ein Besuch

in der Gedenkstätte Berlin Hohen Schönhausen rundeten das Programm nebst einigen Restaurantbesuchen ab. Besten Dank für den Besuch in der Hauptstadt und den guten Austausch. Interessierte Einzelpersonen und Gruppen, die Interesse an einer Teilnahme an einer vom Bundespresseamt organisierten und finanzierten politischen Informationsfahrt nach Berlin haben, können sich gerne an mein Büro wenden. Wir setzen Sie dann auf unsere Warteliste.



Auf Einladung des SPD-Ortsvereins war ich Anfang April in Dieburg. Unter dem Motto „Quo vadis – SPD?“ haben wir über vielfältige Themen und Meinungen diskutiert. Der erste Block unseres Austauschs drehte sich um Aktuelles aus der Hessen-SPD. Ich berichtete aus dem Landesvorstand, von unseren Zielen und Maßnahmen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort im Gespräch zu bleiben. Wir sind die hessische Flächenpartei, deren Mitglieder durch ihr Engagement oft Vereine vor Ort tragen und durch die wir fest in der Gesellschaft verankert sind. Es ist unser erklärtes Ziel, die Hessen-SPD fit für die Zukunft zu machen. Ich sehe uns hier auf einem guten Weg. Anschließend sprachen wir im zweiten Block über alles, was mit dem Thema Baupolitik zu tun hat. Was konnten wir in der letzten Legislaturperiode erreichen? Warum ist der soziale Wohnungsbau so wichtig?

Welche Hemmnisse gibt es und wie können wir ihn ankurbeln? Mit der SPD-geführten Bundesregierung haben die Themen Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung endlich den Stellenwert erhalten, den sie verdient haben. Die Wohngeldreform, eine deutlich bessere Finanzierung des Sozialwohnungsbaus und starke Unterstützungen für energetische Sanierungen: Wir konnten in den letzten Jahren viel erreichen. Ich bin froh, dass die neue Bundesregierung diesen Weg weitergehen wird. Im dritten Block berichtete ich von den Verhandlungen für den neuen Koalitionsvertrag mit der Union. Für mich ist klar: Die SPD konnte inhaltlich viel rausholen. Die wichtigen Investitionen in die Bundeswehr und vor allem in unsere Infrastruktur bilden die Grundlage für eine stabile Regierung, die es in den nächsten Jahren schaffen muss, verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Ein Anliegen, das vielen

Gästen unter den Nägeln brannte, war die Finanzierung der Kommunen. Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Finanzsituation der Kommunen systematisch zu verbessern, den Handlungsspielraum zu erhöhen. Das ist eine gute Nachricht für Hessen und seine Kommunen. Danke an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die konstruktiven Gespräche, sowie Sabine Schnurr, Christian Hader und Gerald Frank für die Moderation.





Phillips Praktikumsbericht

Ich bin Phillip Dornhecker und studiere in Marburg Lehramt mit dem Fach Politik und Wirtschaft. In Ergänzung zu meinem Engagement in der Marburger SPD fand ich es naheliegend, ein Praktikum bei unserem Abgeordneten Sören Bartol zu machen und ihn zu unterstützen. Ich habe mich sehr über die Zusage gefreut und war Ende März und Anfang April in seinem Marburger und Berliner Büro. Das Berliner Praktikum war ursprünglich für eine Sitzungswoche im Bundestag geplant. Aufgrund des Koalitionsbruchs durch die FDP und den daraus resultierenden Neuwahlen kam einiges anders als geplant. Wegen der Koalitionsverhandlungen konnte ich ihn leider nur zu wenigen Terminen begleiten. In der Marbur-

ger Praktikumszeit habe ich täglich den Pressespiegel erstellt, wobei ich aus der Oberhessischen Presse und dem Hinterländer Anzeiger relevante Artikel herausuchte. Auch in Berlin war ich für den Pressespiegel zuständig. Im Paul-Löbe-Haus, wo sich das Büro befindet, konnte ich persönlich die Pressekonferenz zum Koalitionsvertrages miterleben - für mich ein Moment der lebendigen Demokratie. Meine inhaltliche Aufgabe war die Erstellung eines Vortrags zur Wahlrechtsreform der Ampel, den ich am Ende meines Praktikums präsentiert habe. Eine schöne Erfahrung war der Besuch des Abgeordnetenfrühstückes, bei dem Abgeordnete im Café Käfer auf dem Dach des Reichstages zusammenkamen. Die Arbeitsgemeinschaft

für zeitgemäßes Bauen e.V. präsentierte hier ihre Forderungen zum 16. Wohnungsbau-Tag 2025. Nun blicke ich mit Freude auf meine spannende und interessante Praktikumszeit zurück und danke Sören Bartol für diese Chance.